

Der Kampf um die Wurst geht in die nächste Runde

Schärfere Tierhaltungsvorschriften für Bauern sind an der Urne gescheitert – jetzt gerät der Detailhandel ins Visier

IRÈNE TROXLER

Die Bauern waren in den letzten Jahren die Prügelknaben der umweltbewussten Nation: Sie brachten zu viel Dünger und Pestizide aus und hielten zu viele Tiere auf kleinem Raum, lautete der Vorwurf. Doch vor zwei Monaten haben die Bauern nach der Trinkwasser- und der Pestizidinitiative die nächste Volksabstimmung gewonnen: Die Schweiz wollte nichts wissen von strengeren Vorschriften für die Tierhaltung, wie es die Massentierhaltungsinitiative vorschlug.

Die Tier- und Umweltschützer realisieren langsam: In einem Land mit verhältnismässig strengen Tierschutzgesetzen und rekordhohen Fleischpreisen eignet sich weder die Bäuerin noch der Bauer für den Part des Bösewichts. Die Bauern produzieren bloss, was die Konsumenten bestellen. Seither läuft die Suche nach einem neuen Schuldigen, denn die Diagnose steht fest: Herr Schweizer und Frau Schweizerin verspeisen zu viel Fleisch und erst noch das falsche. Vor allem beim Billigfleisch aus schlechter Haltung greifen sie kräftig zu. Das Bio-Kotelett hingegen lassen sie lieber im Kühlregal des Detailhändlers liegen. Das ist schlecht für die Klimabilanz der Ernährung.

52 Kilogramm Fleisch pro Kopf

Beim Gebäudepark, beim Verkehr und in der Industrie zeigt die Kurve der Treibhausgasemissionen in der Schweiz nach unten. Der Fleischkonsum aber stagniert seit der Jahrtausendwende bei rund 52 Kilogramm pro Kopf. Fleisch ist für den Grossteil der Treibhausgase verantwortlich, die in der Landwirtschaft entstehen. Allerdings nützt es dem Klima herzlich wenig, wenn in der Schweiz die Bauern weniger Tiere halten, dafür aber mehr Fleisch importiert wird.

Im Prinzip weiss zwar jeder, dass es für den Mensch gesünder und für die Umwelt besser wäre, weniger Fleisch zu essen. Dass man im Supermarkt nicht zur Aktionspackung greifen, sondern bloss ab und zu umweltfreundlich produzierte Steaks oder Pouletbrüstchen in den Einkaufskorb legen sollte. Das wäre in der Summe nicht einmal teurer. Dennoch stagniert der Bioanteil beim verkauften Frischfleisch zwischen 5 und 6 Prozent. Rechnet man alle anderen Labels, die für nachhaltige Produktion stehen, mit ein, werden gut 12 Prozent Ökofleisch verkauft.



Sie sind weder gesund noch umweltfreundlich, dennoch greifen die meisten Konsumenten gerne zu Wurstwaren.

ANNICK RAMP / NZZ

Selbst die grüne Nationalrätin Meret Schneider, die für die an der Urne gescheiterte Massentierhaltungsinitiative verantwortlich war, gibt die Schuld für den hohen Fleischkonsum nicht mehr den Bauern. Heute sagt sie: «Mir ist es wichtig, die ganze Nahrungsmittelkette in den Blick zu nehmen.» Die Vorstösse, die sie im Parlament eingereicht hat, adressieren jetzt den Handel mit Fleisch, also die Grossverteiler, nicht mehr die Tierhalter.

Wird die Kaufkraft abgeschöpft?

Ähnlich klingt es beim Schweizer Tierschutz (STS), einem Mitstreiter Schneiders bei der Massentierhaltungsinitiative. Der STS hat mehrere Studien in Auftrag gegeben. Diese kommen zum Schluss, in den Läden seien die Preisunterschiede zwischen Label- und anderem Fleisch viel zu gross. Mit Tierwohl- oder Biofleisch verdienten die Bauern weniger, aber die Margen der Grossverteiler seien höher, schreiben die Autoren. Auch Greenpeace wirft Migros und

Coop vor, ihre Marktmacht auszunutzen. Neben Bell (Coop) und Micarna schlachten nur wenige andere Unternehmen in der Schweiz Tiere. So kämen Bauern nicht an den beiden Giganten des Schweizer Detailhandels vorbei und seien deren Preispolitik ausgeliefert.

Sind die Grossverteiler verantwortlich, dass so wenig Biofleisch auf dem Teller landet? Die Migros widerspricht. Prozentual lägen die Margen bei Bioprodukten sogar etwas tiefer als bei konventionell hergestellten. Würden die Vorwürfe zutreffen, müssten Fleischprodukte in den Hofläden massiv günstiger sein, gibt Migros-Sprecher Patrick Stöpfer zu bedenken. Dies sei nachweislich nicht der Fall. Er betont, Label-Produkte würden bei allen Verarbeitungsschritten deutlich höhere Kosten generieren. Deswegen seien sie teurer. Auch Coop bezeichnet die STS-Daten als «teilweise nicht korrekt». Ihre Margen geben die Detailhändler nicht bekannt.

Trotz diesem Dementi steht auch in der Politik derzeit der Handel im Fokus.

Diverse Vorstösse im Parlament zielen auf die Grossverteiler und Discounter. So hat Meret Schneider den Bundesrat aufgefordert, sogenannte «unlautere Handelspraktiken» wie Billigfleischaktionen zu unterbinden und Preistransparenz herzustellen. Der Konsument müsse wissen, wie viel von seinem Geld beim Bauern lande, wenn er Fleisch kaufe, findet sie. Mit einem anderen Vorstoss will sie erreichen, dass Detailhändler Fleisch nicht mehr wegwerfen dürfen, wenn es noch konsumierbar ist. Die Idee ist, es kurz vor Ablaufdatum einzufrieren. Weiter soll Fleisch von mehrtägigen Tiertransporten aus dem Ausland mit Zöllen belegt und deklariert werden müssen.

Während des Abstimmungskampfs um die Massentierhaltungsinitiative war Meret Schneider ein rotes Tuch für die Bauern. Nun will sie deren Direktvermarktung stärken und einen runden Tisch mit Bauern und Grossverteilern einberufen. Und sie sagt, was die Landwirtschaft schon lange fordert:

«Bauern wollen faire Preise für ihre Produkte.»

Weitere Vorstösse von anderen Parlamentariern zielen auf die staatliche Absatzförderung für Schweizer Fleisch. Beworben werden soll nur noch Labelfleisch. Auch ein Werbeverbot für Billigfleisch steht im Forderungskatalog sowie die Eindämmung von Fleischaktionen in diesem Segment. Die Bürgerlichen haben das Feld der Linken überlassen.

Auch der Bundesrat wird aktiv

Bis jetzt hatten derartige Vorschläge im Parlament wenig Erfolg. Aber auch der Bundesrat nimmt sich im Rahmen der Klimapolitik nun die Ernährung vor. Im April dieses Jahres hat er einen Aktionsplan gegen Lebensmittelverschwendung präsentiert. Im Fokus steht ebenfalls der Umgang von Detailhandel und Gastronomie mit Fleisch. Christian Hofer, der Direktor des Bundesamts für Landwirt-

Die Bauern eignen sich nicht für den Part des Bösewichts. Sie produzieren bloss, was die Konsumenten bestellen.

schaft, rechnete kürzlich gegenüber der «Sonntags-Zeitung» vor, dass auf 60 Prozent der Schweizer Ackerflächen Tierfutter angebaut werde. Würde die Bevölkerung sich stärker pflanzenbasiert ernähren, könnte der Selbstversorgungsgrad von heute 50 auf bis zu 70 Prozent erhöht werden, sagte er.

Nur von einem Akteur der Nahrungskette hat man bisher wenig gesprochen: Die Konsumentinnen und Konsumenten sind das letzte und wichtigste Glied. Dass sie bis jetzt niemand in die Pflicht nehmen will, beispielsweise mit Lenkungsabgaben, hat einen einfachen Grund. Wählerinnen und Wähler vergrämt man ungern. Auch wenn sie die Kaufentscheide fällen und es mehrheitlich ihre Kühlschränke sind, in denen sich billiges Fleisch in Speiseabfälle verwandelt.

Auf der Ochsentour nach ganz oben

Die neue Ständeratspräsidentin Brigitte Häberli hat ihre Karriere im Hinterthurgau begonnen

CHRISTOF FORSTER, BERN

Wenn jeweils zu Beginn der Winter-session die National- und Ständeräte ihre Präsidenten wählen, ist das eine reine Formsache. In der nüchternen Parlamentsmaschinerie entsteht aber ein willkommener Moment der Feierlichkeit, wenn die Frischgewählten das erste Mal auf dem Präsidentensessel Platz nehmen, in einer Rede die Vorteile der Schweizer Konsensdemokratie hervorheben und die mitgebrachten Künstler zum musikalischen Intermezzo bitten. Brigitte Häberli (Mitte, TG), seit Montag die höchste Ständerätin, hat das Trio Artemis aus der Ostschweiz gewählt. Eine Geigerin, eine Cellistin und eine Pianistin heizten mit dem Säbeltanz von Aram Chatschaturjan dem Plenum ein.

Vielleicht mögen sich Schülerinnen und Schüler jetzt an ihre frühere Musiklehrerin Brigitte Häberli erinnern, wenn sie Bilder von ihr sehen. Sie unterrichtete Kinder an der Blockflöte, dem wohl demokratischsten Instrument in der Schweiz. Viele Musikerlaufbahnen haben mit dem Spiel auf dem kleinen Stück Holz begonnen, bei anderen war die Blockflöte gleichzeitig Anfang- und Endstation. Noch heute wird Häber-

lis einstiges Engagement betont, teilweise mit spöttischem Unterton. Sie stecke das gut weg, das sei ja eher harmlos, sagte sie jüngst gegenüber dem «St. Galler Tagblatt». Sie habe den Kindern den Einstieg in die Musik immer mit Freude ermöglicht.

Häberli hat die klassische Ochsentour gemacht. Die gelernte Kauffrau und Mutter von drei erwachsenen Kindern war Gemeinderätin in Bichelsee-Balterswil im Hinterthurgau, dann Grossrätin. 2003 gelang ihr die Wahl in den Nationalrat, 2011 der Wechsel in den Ständerat. In Sonntagsreden wird ein solcher politischer Parcours von der kleinsten politischen Einheit bis nach Bern, so wie ihn Häberli absolviert hat, gerne als vorbildlich gelobt. Aber vielleicht war der vielzitierte Aufstieg vom Lokalpolitiker zum Bundesrat immer schon mehr Wunschvorstellung als Realität.

Unpräzise Politikerin

Die 64-jährige Häberli gilt als unpräzise Politikerin. Vor den letzten Wahlen sah es so aus, als werde sie in der neuen Legislatur die einzige Frau im Ständerat sein. Langjährige Politikerinnen traten auf Ende 2019 zurück, und Nachfolgerin-



Martin Candinas
Neuer Präsident
des Nationalrats



Brigitte Häberli
Neue Präsidentin
des Ständerats

als gewöhnliches Mitglied des Ständerats auf Rang 3 auf. Vor ihr stehen in der Hierarchie der Staatsämter nur noch der Nationalratspräsident und der Gesamtbundesrat. Das ist mit ein Grund für die Beliebtheit des Präsidentenamtes unter den Parlamentariern. Man wird zwar für ein Jahr zum politischen Eunuchen. Aber man darf sich dafür im Rampenlicht sonnen, ausländische Gäste empfangen und selbst auf Reisen gehen.

Die Ungleichbehandlung von National- und Ständerat in der Rangordnung ist im Übrigen auch schon auf Kritik gestossen – wenig überraschend im Ständerat. Andrea Caroni (FDP, AR) monierte, der Bundesrat verletze mit dem 2017 genehmigten Protokollreglement die Gleichbehandlung der beiden Kammern und ihrer Mitglieder. Die Bundesverfassung verlange, dass die Mitglieder des Ständerates (Rang 10 im Protokollreglement) im gleichen Rang stünden wie die Mitglieder des Nationalrates (Rang 9). Unproblematisch hingegen sei der Vorrang des Nationalratspräsidenten vor dem Ständeratspräsidenten. Der Bundesrat zeigte sich bereit, eine Anpassung zu prüfen.

Auch der Nationalrat wird seit Montag von einem Mitte-Politiker präsidiert.

Martin Candinas folgt auf Irène Kälin (Grüne). Und wie Häberli kommt auch Candinas aus einer Randregion. Er stammt aus Rabius im Vorderrheintal. Inzwischen wohnt er mit seiner Frau und seinen drei Kindern in Chur. In Bern setzt er sich für die Bergregion ein, kämpft mit Vorstössen für die Eindämmung des Wolfes oder die Abfederung der Zweitwohnungsinitiative. National machte er sich für einen bezahlten Vaterschaftsurlaub stark.

Begrüssung auf Rätoromanisch

Der fröhliche Candinas fällt im Nationalrat auf, weil er seine Reden konsequent mit einer rätoromanischen Begrüssung einleitet. Der Einsatz seiner Muttersprache will er in seinem Präsidentschaftsjahr ausbauen. Bereits ein erstes Mal umgesetzt hat er dieses Vorhaben in einer Präsidentschaftsrede. Candinas ist einer von lediglich drei Rätoromanisch sprechenden Politikern im Bundeshaus. Passend dazu sang am Montag der Chor d'affons da Sumvitg zwei Lieder aus Candinas' Heimat. Rund fünfzig Kinder aus der oberen Surselva brachten Lokalkolorit in den Nationalratssaal.